

Radikalenerlass: Nur „flaues Bedauern“

Berufsverbote Gewerkschaften und SPD sind mit Kretschmanns Brief nicht zufrieden und fordern Entschädigung für Betroffene.

Stuttgart. Ein positives Signal, aber inhaltlich enttäuschend – das sagen Gewerkschafter über den offenen Brief des Ministerpräsidenten an Betroffene des Radikalenerlasses. Das Schreiben enthalte nur „flaues Bedauern“ über zigfach von Behörden begangenes Unrecht, so der DGB-Landesvorsitzende Kai Burmeister in einer Mitteilung am Donnerstag.

„Zu einer Rehabilitation der Betroffenen ist der Ministerpräsident offenkundig nicht bereit.“ Dabei warteten die von Berufsverbote Betroffenen seit Amtsantritt des grünen Regierungschefs 2011 auf eine Entschuldigung und eine Entschädigung. Der DGB bleibe bei seiner Forderung nach einer Entschuldigung, das Land müsse auch einen Entschädigungsfonds auflegen.

Verdi-Bezirksleiter Martin Gross kritisierte, dass die Betroffenen zum Teil seit 50 Jahren darauf warteten, „dass ein Ministerpräsident für die Fehler der Berufsverbote geradesteht“. Es sei gut, dass Winfried Kretschmann diesen Schritt endlich gegangen sei. „Er gesteht ein, dass vielen erhebliches Leid zugefügt wurde und bis heute wird.“ Beim angebotenen Gesprächstermin mit Betroffenen im Februar sollte eine Entschuldigung im Namen des Landes ausgesprochen werden. Er erwarte auch, dass das Thema Entschädigungen „nicht tabuisiert“ werde.

Dass Kretschmann nicht auf Zuschreibungen wie „Verblendung, Verirrung oder Demokratiefeinde“ verzichte, sei schade, sagte Gross. So werde ein „falscher Generalverdacht“ fortgeführt. Viele seien damals „einfach

nur zur falschen Zeit Mitglied in der falschen Partei oder Organisation“, so Gross. „Verirrt und verblendet war schon eher eine Politik, bei der ein Politiker wie Hans Filbinger mit nationalsozialistischer Vergangenheit zwar Landesvater werden konnte, ein DKP-Mitglied wie Werner Siebler aber nicht Briefträger.“

GEW-Landesvorsitzende Monika Stein sagte, dass Kretschmann selber 1977 die Einstellung in den Schuldienst verwehrt worden sei. „Die von der Landesregierung beauftragte Studie bescheinigt Baden-Württemberg eine exzessive Anwendung des Radikalenerlasses, selbst Reinigungskräfte an Hochschulen wurden überprüft.“ Deshalb sei es gut, dass der Ministerpräsident



DGB-Landeschef Kai Burmeister.

Foto: Bernd Weißbrod/dpa

dies als Fehler benennt. Gleichzeitig sei es aber beschämend, dass „gerade ein grüner Ministerpräsident“ sich nicht entschuldige und die Opfer nicht entschädige.

„Endlich hat sich der Ministerpräsident bewegt und sein Schweigen gebrochen. Das war längst überfällig“, sagte auch Boris Weirauch, Rechtsexperte der SPD-Landtagsfraktion. Der Druck im und außerhalb des Parlaments habe etwas bewirkt. Kretschmanns Erklärung sei aber nur ein Schritt zur endgültigen Aufarbeitung. Geklärt werden müsse auch eine Entschädigung. aw